Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint werktags 15 Uhr. Bezugspreis monatl. 2 RM. frei Haus, bei Postbestellung 2,00 RM. zuzügl. Bestellgeld. Einzelnummer 10 Rpf. Alle Postanstalten, Postboten, unsere Austräger u. Geschäftsstelle nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt oder sonstiger Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreise laut aufliegender Preisliste Nr. 8. — Ziffer-Gebühr: 20 Rpf. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzwünsche werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Anspruch auf Nachlaß.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206

Das „Wilsdruffer Tageblatt" ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Meißen und des Bürgermeisters zu Wilsdruff bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Nossen sowie des Forstrentamts Tharandt

Nr. 138 — 98. Jahrgang | Drahtanschrift: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 17. Juni 1939

Leistung ist alles

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Erzeugungsschlacht — 148 Hochöfen unter Feuer — Steuerbilanz Ausdruck der wirtschaftlichen Kraft

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften Großdeutschlands hatten sich in diesen Tagen in Wien zum 1. großdeutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftstag versammelt. Wenn der erste großdeutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag nach Wien verlegt wurde, dann sollte damit einmal die Verbundenheit der Genossenschaften des Altreiches mit den ostmärkischen und sudetenländischen Genossenschaften zum Ausdruck gebracht werden, zum anderen aber auch die Steigerung der Aufgaben, die sich aus der Wiedereingliederung der alten Reichsländer ergeben. 3800 landwirtschaftliche Genossenschaften sind durch die Angliederung der Ostmark zum Genossenschaftsblock des Altreiches gestoßen, 2000 Genossenschaften des Sudetenlandes fanden darüber hinaus den Anschluß an die Reichsorganisation, so daß der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften mit rund 46 000 Genossenschaften die größte Genossenschaftsorganisation der Welt überhaupt ist.

Welche Bedeutung die Genossenschaften für die Leistungssteigerung der deutschen Landwirtschaft haben, das zeigen die überall auf dem Lande erkennbaren Erfolge: Der Strukturwandel in der Landwirtschaft, wie er durch die nationalsozialistische Agrargesetzgebung hervorgerufen wurde, konnte natürlich an den Genossenschaften nicht spurlos vorübergehen. Eines steht jedoch fest, daß es die Genossenschaften verstanden haben, ein wertvolles Instrument für die Durchführung der Erzeugungsschlacht zu werden. Das gilt insbesondere für die Maschinengenossenschaften, durch die in vielen Fällen überhaupt erst der Einsatz der Technik zur Erzeugungssteigerung möglich wurde. Besondere Bedeutung gewannen die Genossenschaften durch ihre Kreditpolitik. Das nationalsozialistische Bodenrecht hat für die Kreditlage der Landwirtschaft besondere Verhältnisse geschaffen. Die Genossenschaften können für sich die Feststellung beanspruchen, daß sie mehrere hundert Millionen Mark an Krediten bereitgestellt haben, wo sonstige Kreditvorschriften eine Kredithergabe erschweren. Durch die sorgfältige Auswahl bei der Kredithergabe sichern die Genossenschaften einmal ihre Beweglichkeit, zum andern aber bedeutet diese Kredithergabe wiederum eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe. Sehr wichtig ist auch der Einsatz der Genossenschaften gegen die Landflucht und alle damit zusammenhängenden Gefahren.

Die Tatkraft unserer Staatsführung hat uns in Deutschland Erfolge beschieden, wie sie das Ausland bei weitem nicht zu verzeichnen hat. Alle Zweige der deutschen Wirtschaft liefern den Beweis dafür. In wie starkem Maße wir durch intensive Leistungssteigerung einen Vorsprung vor dem Ausland schaffen konnten, zeigt z. B. die Leistungskraft der deutschen Hochöfenwerke von 1933 bis heute. Vor der Machtergreifung standen von insgesamt vorhandenen 140 Hochöfen nur 42 unter Feuer. In den folgenden Jahren stieg die Zahl dann sprunghaft. Seit April dieses Jahres sind nicht weniger als 148 Hochöfen in Betrieb. Die monatsdurchschnittliche Roheisengewinnung, die sich 1932 auf 0,3 Mill. Tonnen belaufen hatte, ist inzwischen entsprechend bis auf 1,7 Mill. Tonnen Monatsleistung gestiegen. Dabei darf nicht unerwähnt bleiben, daß noch im laufenden Jahr in Salzgitter die ersten Hochöfen der Hermann-Göring-Werke betriebsfertig werden, womit eine Erhöhung der Kapazität unserer Eisenindustrie um rund 1 Mill. Tonnen Rohstahl verbunden sein dürfte.

In wie starkem Maße wir während der letzten Jahre einen Vorsprung vor dem Ausland gewinnen konnten, geht deutlich aus einem Vergleich mit den Hochöfen in Frankreich und England hervor. Im letzten Krisenjahr waren in England 65 und in Frankreich sogar 81 Hochöfen in Tätigkeit (gegen nur 42 in Deutschland). Inzwischen erhöhte sich die Zahl der unter Feuer stehenden Oefen in England auf 95 (also um etwa die Hälfte des damaligen Standes) und die der französischen Oefen auf 39 (also um nur etwa 10 v. H.), während die entsprechenden deutschen Zahlen 42 bzw. 148 lauten.

Nachdem vom Reichsfinanzministerium die endgültigen Zahlen über die Steuereinnahmen des Jahres 1938 bekanntgegeben sind, lohnt es sich, die Entwicklung im einzelnen näher zu betrachten. Das Gesamtaufkommen an Steuern betrug 17,7 Milliarden RM. Hiervon sind 373 Millionen RM. im Lande Oesterreich und in den sudetendeutschen Gebieten aufgekommen. Das gesamte Mehraufkommen gegenüber dem Rechnungsjahr 1937 betrug 3 747,8 Millionen RM. Die Auslandspresse, welche unsere Finanzpolitik so gern zu kritisieren pflegt, mag es sich einmal vor Augen halten, daß dieses Mehraufkommen in erster Linie eine Folge des anhaltenden Wirtschaftsaufschwunges ist und nicht etwa einer bis zum äußersten angezogenen Steuerschraube, daß zweitens die Erhöhungen an den Stellen hauptsächlich zu verzeichnen sind, bei denen sie auch unter dem sozialen Gesichtspunkt am tragbarsten sind. Fast die Hälfte des Mehraufkommens entfällt nämlich auf die veranlagte Einkommen- und Körperschaftssteuer. Diese beiden Steuern werden in erster Linie von den Unternehmungen aufgebracht, und zwar dient für diese Steuern als Grundlage das Einkommen bzw. der Gewinn. Wo also weder Gewinn noch Einkommen erzielt ist, kann auch keine Einkommen- bzw. Körperschaftssteuer erhoben werden. Weitere 16 v. H. des Mehraufkommens entfallen auf die Umsatzsteuer, deren Sätze unverändert dieselben geblieben sind. Das Mehr ist also auch hier lediglich der Ausdruck erhöhter Umsatztätigkeit der Wirtschaft. Höhere Mehrerträge entfielen schließlich noch auf die Lohnsteuer als Ausdruck der erheblichen Mehrbeschäftigung im vergangenen Jahre und auf die Einnahme von Zöllen, die von rund 1,6 auf 1,8 Milliarden gestiegen sind. Man kann also behaupten, daß unsere Steuereinnahmen weitaus am stärksten der Ausdruck der Leistungskraft unserer Wirtschaft sind. Wir können auf das Steuerergebnis stolz sein. Das Deutsche Reich braucht diese Finanzkraft für seine großen politischen Aufgaben, und unsere Finanzkraft hat nicht wenig dazu beigetragen, uns den Frieden zu erhalten.

Es geht um Ostasien!

Die wahren Hintergründe der Schwierigkeiten in den englisch-sowjetrussischen Verhandlungen

Wir erhalten über die Hintergründe der Schwierigkeiten in den englisch-sowjetrussischen Verhandlungen von einer höheren Stelle aus maßgeblichen Kreisen in London folgende interessante Aufklärung, die sich mit den Meldungen, die wir außerdem von anderer Seite in London sowie aus Moskau vorliegen haben, decken.

Die Frage der Garantie der baltischen Staaten besitzt nur untergeordnete Bedeutung. England ist bereit, wenn notwendig, die baltischen Staaten nicht nur gegen ihren Willen zu garantieren, sondern sogar unter gewissen sowjetrussischen Zusicherungen ganz aufzugeben. Dies aber ist nicht die entscheidende Forderung Sowjetrußlands.

Die sowjetrussischen Unterhändler verlangen vielmehr vor allem eine bindende englische Zusicherung für den Fall, daß Sowjetrußland im Zuge der Erfüllung seiner Beistandsverpflichtungen in Konflikt mit Japan geraten sollte, außerdem überhaupt eine bündige englische Erklärung für eine Unterstützung Sowjetrußlands im Falle eines Konfliktes mit Japan. Auch dazu soll die englische Regierung sich im Prinzip bereiterklärt haben; sie soll jedoch unter keinen Umständen gewillt sein, diese ihre Zusicherungen schriftlich zu fixieren.

Daher versuchte sie auch, die sowjetrussischen Bedenken durch die Absendung Strangs nach Moskau zu zerstreuen, um durch ihn noch einmal mündlich die entsprechenden britischen Versicherungen abgeben zu lassen. Molotow soll jedoch bedingungslos auf eine klare und eindeutige schriftliche Fixierung der britischen Beistandsverpflichtungen in Ostasien bestehen. Man fürchtet nun in London, sich durch ein Bekanntwerden einer solchen Verpflichtung schweren Rückschlägen in Ostasien auszusetzen bzw. sich durch ein solches Dokument in eine unhaltbare Abhängigkeit Sowjetrußland gegenüber zu begeben.

Wie einleitend bemerkt, ist uns diese Nachricht nunmehr von zwei anderen Seiten, die als genau unterrichtet anzusehen sind, bestätigt worden.

Die Gegensätze in Moskau

Englands Schwierigkeiten — Stalin ist unfreundlich

England ist in Schwierigkeiten und man glaubt in London, trotz der Zurückhaltung in Moskau diese Schwierigkeiten dadurch überwinden zu können, daß der englische Abgesandte Strang in Moskau Stück für Stück nachgibt. Im Fernen Osten verliert England eine Position nach der anderen, in Europa findet es bei den Völkern mit seiner Kriegspolitik herzlich wenig Vertrauen. Man kann es daher vielleicht verstehen, wenn man in London den Kopf verloren hat. Dabei übersieht die englische Regierung vollkommen, daß Moskau mit allen Mitteln gegen England arbeitet, um England zu einem nur für Moskau günstigen Pakt zu zwingen. Die Stimmung im englischen Volke ist düster, aber die Chamberlains und Halifaxe scheuen sich, ihrem Volke reinen Wein einzuschenken.

Immer mehr mißtraut man der englischen Einkreisungs- und Kriegspolitik im eigenen Lande und es ist dazu gekommen, daß englische Zeitungen wie die „Times" und der „Daily Telegraph" sich geweigert haben, die Lügenmeldungen über deutsche militärische Maßnahmen in der Slowakei und gegen Polen zu veröffentlichen.

Strang unter dem Druck des Kremls

In Moskau hat indessen Chamberlains Abgesandter Strang eine zweieinhalbstündige Unterredung mit dem Sowjetaußenkommissar Molotow gehabt. Die Sowjetblätter veröffentlichen nur eine kurze amtliche Verlautbarung über diese Unterredung, in der hauptsächlich „Fragen der Meinungsverschiedenheiten" zur Sprache gekommen seien. Die Verlautbarung schließt:

„Die Ergebnisse der ersten Unterredung und die Untersuchung der englisch-französischen Formulierungen werden in den Kreisen des Außenkommissariats als nicht ganz günstig eingeschätzt."

Mit dieser unfreundlichen Verlautbarung scheint Moskau zu versuchen, die „öffentliche Meinung" der Demokratien weiter aufzustacheln. Ferner kann man ersehen, daß die Frage der baltischen „Garantien" sich recht dramatisch zugespitzt hat.

Unsicherheit in Paris und Warschau

In Paris ist man infolgedessen sehr verlegen. Man redet Moskau gut zu. In der französischen Presse ist man unsicher, wie man zu den Moskauer Verhandlungen Stellung nehmen soll. Das Stimmungsbarometer der französischen Zeitungen steht sehr tief. Auch in Warschau ist man nicht gerade entzückt und sieht gefährliche Verwicklungen voraus. Ein polnisches Blatt schreibt beispielsweise, eine englisch-sowjetrussische Garantie für die baltischen Staaten müsse notwendigerweise im baltischen Abschnitt zu gefährlichen Verwicklungen für den europäischen Frieden führen.

Tunnel unter dem Aermelkanal spukt wieder

Welche Verwirrung in den politischen Köpfen in London und Paris obwaltet, geht daraus hervor, daß man einen uralten Plan wieder hervorgeholt hat. Es handelt sich um den Bau eines Tunnels unter dem Aermelkanal, durch den eine Landverbindung zwischen England und Frankreich geschaffen werden soll. Die Einkreisungshetze der westlichen Demokratien trägt seltsame Früchte. Eine in London gebildete französisch-englische Gesellschaft hat sich bereits gebildet. Der Bau des Tunnels würde etwa 4 bis 5 Milliarden Francs kosten.

Am Rande sei noch zu verzeichnen, daß der ehemalige britische Außenminister Anthony Eden wieder einmal Theaterdonner von sich gegeben hat. Er sprach in einem Pariser Theater über die englische Einkreisungspolitik, wobei er, wie seltsam, die Verbindung John Bulls und Mariannes als eine „herzliche Ehe und eine Vernunftehe" zugleich bezeichnete.

*

Ungeheuerliche Enthüllungen

Polens Luftwaffe soll Deutschland in den Rücken fallen

Ein mit drei Sternen bezeichneter Artikel des „Temps" fordert, daß im gemeinsamen Interesse die polnischen Luftstreitkräfte auf einen Stand gebracht werden müßten, der es ihnen ermöglichen würde, die Vorteile ihrer geographischen Lage auszunutzen. Polen müsse hierzu bei seinen europäischen Verbündeten oder durch deren Vermittlung bei den Vereinigten Staaten die nötige Hilfe finden.

Jedes neue Luftgeschwader, das in der Weichselebene geschaffen würde, würde die „Friedensaussichten" heben. Denn die polnischen Flugstreitkräfte könnten im Falle eines Konfliktes eine große Anzahl deutscher Rüstungsfabriken bombardieren und ihre Arbeit lahmlegen. Ebenso könnten sie alle deutschen Ostseehäfen angreifen und die Versorgung der deutschen Industrie mit skandinavischen Erzen stören. Schließlich könnten sie im Bedarfsfalle „Vergeltungsmaßnahmen" ausüben, da die Hauptstadt des Reiches weniger als dreiviertel Flugstunden von der Grenze entfernt sei.

*

Polen soll also die Rolle des ehemaligen Benesch-Staates übernehmen, der nach den Erklärungen des französischen Ministers Pierre Cot die Aufgabe hatte, Deutschland in den Rücken zu fallen und durch die Bereitstellung seines Gebietes an die alliierten Luftflotten einschließlich der Bombengeschwader aus der Sowjetunion die deutsche Industrie zu zerschmettern. Aber man soll sich nicht in die Finger schneiden. Denn die Polen werden nicht weit kommen. Die deutsche Luftabwehr ist auf der Hut.

Der „Temps" aber leistet seinen Leuten einen schlechten Dienst, denn er zeigt die wahren Absichten der angeblichen Friedensfront und die Rolle, die man Polen bei der Einkreisung zugedacht hat.

Französische U-Boot-Katastrophe?

Ernste Besorgnisse um das französische Unterseeboot „Phénix"

Havas verbreitete folgende amtliche Mitteilung des französischen Kriegsministeriums:

„Ernste Besorgnisse herrschen über das Schicksal des U-Bootes 1. Klasse „Phénix", das augenblicklich nach Indochina deportiert ist. Nach einer Tauchübung, die im Laufe einer Uebung in den Morgenstunden des 15. Juni auf der Höhe der Bucht von Camranh ausgeführt wurde, ist das U-Boot nicht wieder aufgetaucht. Die Flottenstreitkräfte des Fernen Ostens sowie die in Indochina liegenden Einheiten der Marine haben sofort Nachforschungen unternommen, die noch fortgesetzt werden und an denen auch die Wasserflugzeuge der Kolonie teilnehmen.

Das französische U-Boot „Phénix", über dessen Schicksal ernste Besorgnisse herrschen, gehört zur 1. Klasse der französischen U-Boot-Kategorien und hat eine Wasserverdrängung von 1379 Tonnen. Das 1930/31 erbaute U-Boot hat eine Stammbesatzung von 63 Mann, seine Länge beträgt 92 Meter.

In einer Havas-Verlautbarung über das Schicksal des untergegangenen französischen U-Bootes „Phénix" wird mitgeteilt, daß sich an Bord des verunglückten U-Bootes 71 Mann Besatzung, darunter vier Offiziere befunden haben.

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF